



FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

*Fax vocat*An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90403 Nürnberg

GhA

| | | |
|--------------------------|------------------|---|
| OBERBÜRGERMEISTER | | |
| 16. NOV. 2017 | | |
| <u>III</u> | 1 Zur Kb. | 5 Zur Geschäftsverteilung |
| <u>I/II</u> | 2 X zur V. | 4 Anwesenheit Absent- Geld vorlegen |
| | | 3 Anwesenheit zur Unter- schrift vorlegen |

M

Kopia: BgAll

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Nürnberg**Rathausplatz 2
90403 NürnbergTel: (0911) 231-5091
Fax: (0911) 231-2930
gruene@stadt.nuernberg.deBus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

Nürnberg, 16.11.2017

Traumafachstelle für Flüchtlinge

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in unserem Antrag zum Stellenplan 2018 vom 18.10.2017 haben wir die Fortführung von 5 VK-Stellen der Traumafachstelle für Flüchtlinge mit folgender Begründung beantragt:

Flüchtlinge leiden bis zu 10-mal häufiger unter Angsterkrankungen, Depressionen oder Posttraumatische Belastungsstörungen als die Bevölkerung im Aufnahmeland. Nur die wenigsten können adäquat therapiert werden, weil wegen kultureller und sprachlicher Barrieren sowie wegen der Schwere der psychischen Probleme ambulante Therapieplätze fehlen. Zusätzlich bergen lange Wartezeiten das Risiko einer Chronifizierung der Erkrankungen.

Vor diesem Hintergrund ist es zwingend nötig, dass das niederschwellige, kultursensible und muttersprachliche Angebot der Fachstelle Trauma weitergeführt wird, das momentan im Rahmen der medizinischen Fachstelle Dianastraße 29 beheimatet ist.

Zu unserem Bedauern wurde der Antrag abgelehnt mit der Begründung, dass die Behandlung der betroffenen Flüchtlinge in den konventionellen Einrichtungen (u.a. im Klinikum) einer eigenen Anlaufstelle vorzuziehen sei und hierzu noch Gespräche mit dem Klinikum stattfinden sollen.

Hierzu ist festzuhalten, dass es, wie in der Antragsbegründung bereits vermerkt, im Bereich der konventionellen Therapieangebote erhebliche kulturelle und sprachliche Barrieren gibt, was eine angemessene Behandlung im Vergleich zur Fachstelle stark erschwert.

Zudem sind darüber hinaus nach unseren Informationen weder am Klinikum noch bei den ambulanten Anlaufstellen ausreichend Kapazitäten vorhanden, um ein adäquates,



kultursensibles Therapieangebot im benötigten Umfang zu gewährleisten. Aus diesem Grund halten wir es für dringend geboten, einen Weg zu suchen, das Fortbestehen des Angebots der Traumafachstelle des Gesundheitsamts sicherzustellen und bitten Sie, sich für eine entsprechende Lösung einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

A. Mlecko

Fraktionsvorsitzender